dbb europathemen

dbb beamtenbund und tarifunion

6. Jahrgang **aktuell** November 2011

Inhalt

Editorial:

Damoklesschwert Demos? **1**

Bericht aus den Institutionen:

Euphorie und Ernüchterung/ Mehr Demokratie wagen!/ Zwangsgelder gegen Deutschland/ Grundschulen im Vergleich/ Eurobarometer zur Berufsbildung/ Lebenszufriedenheit in der EU/ Vergaberecht und interkommunale Zusammenarbeit/ Diskriminierungsklage gegen Italien/ Relaunch: Informationsportal Europa vor Ort/ Neue EU-Initiativen/ Unternehmertum **2-7**

dbb in Europa:

Öffentliche Dienste nicht kaputt sparen/ Kritik an Steuerabkommen/ Brüsseler Gespräche über Bodenverkehrsdienste/ Drogen europaweit bekämpfen/ „Begegnungen“ des BBW **8-12**

Neues von der CESI:

Sorge um Arbeitnehmerrechte/ Soziale Dimension fördern/ Öffentliche Dienste und Integration/ Bildung in der Krise stärken/ Solidarität mit spanischen Lehrern/ Gefängnisprivatisierungen stoppen/ Call-Center Überwachung verhindern/ Fachtagung in Wien **13-17**

Bürger und Verbraucher:

Kosmetik für alle **18**

Ausblick:

Der Kommunalbeamte der Zukunft

Termine **19/20**

Einblick:

Gespräch mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann

Impressum **21-24**

Editorial

Damoklesschwert Demos?

Schon wieder ein Paukenschlag. Im Ursprungsland der Demokratie soll das die Herrschaft legitimierende Volk (*demos*) direkt über seine Zukunft entscheiden. Fraglich ist vor allem, ob der Zeitpunkt für eine Prüfung der Stärke (*kratos*) des Volkes der richtige ist. Vielleicht hätte dies viel früher geschehen müssen. Nun aber hängt weit mehr als nur der Bau eines Tiefbahnhofs und das Schicksal einer Landesregierung von einem Volksentscheid ab. Wird die Demokratie ausgerechnet dort, wo sie erfunden wurde, zum Damoklesschwert für Europa?

Die Finanzmärkte jedenfalls scheinen die Demokratie nicht besonders zu schätzen. Zu besichtigen ist das auch in Deutschland. In vorauseilender Furcht vor der Sanktionsbereitschaft und – geschwindigkeit jener Finanzmärkte war selbst dem Bundestag ein geordnetes demokratisches Verfahren in Bezug auf EFSF-Entscheidungen zunächst zu riskant erschienen. Das Bundesverfassungsgericht musste ihm Mut zusprechen, den Haushaltsausschuss in Gänze zu beteiligen und nicht nur ein ominöses Neunergremium.

Auch die Stuttgarter Wutbürger sind Teil neuartiger europäischer und, denkt man an die *Occupy* - Bewegung, weltweiter Protestströmungen. Die Menschen verlangen – trotz vielerorts rückläufiger Wahlbeteiligung - mehr Teilhabe. Teilhabe gewährleisten vor allem die öffentlichen Dienste, denen im Zuge der Sparprogramme in vielen EU-Staaten massiv zu Leibe gerückt wird. Vielleicht mögen die körper- und staatenlosen Finanzmärkte, denen selbst übernationale Vereinigungen wie die Europäische Union zu viel Form, zu viel Fessel sind, auch die öffentlichen Dienste nicht. Dabei sind es die öffentlichen Dienste, sieht man von unübersehbaren Strukturproblemen in Griechenland ab, die vor allem in der Krise Stabilität verheißen.

Die öffentlichen Dienste moderner Demokratien bilden eine in beide Richtungen durchlässige Membran zwischen Regierungen und Regierten. Besonders erfahrbar ist das auf der kommunalen Ebene. Ulrich Silberbach, dbb Vize und Chef der *komba gewerkschaft*, skizziert in dieser Ausgabe der *dbb europathemen aktuell* den Kommunalbeamten der europäischen Stadt der Zukunft. Mit Baden - Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann sprachen wir unter anderem über direkte Demokratie in Europa.

Die Redaktion wünscht viel Freude beim Lesen

Bericht aus den Institutionen

Euphorie und Ernüchterung

Das Echo auf den Euro-Rettungsgipfel vom 26. Oktober war euphorisch. Die beschlossenen Maßnahmen überraschten, fielen weitreichender aus als erwartet. Die Hochstimmung endete jedoch nur fünf Tage später in einer tiefen Ernüchterung. Pünktlich zu Halloween lehrte Griechenland die Europäer das Gruseln. Der griechische Premierminister Giorgos Papandreou erklärte, sein Volk zu den Sparmaßnahmen befragen und sich selbst einer Vertrauensabstimmung im Parlament stellen zu wollen. Die Börsen reagierten prompt und heftig, vor allem Bankaktien stürzten ab. Am 2. November stellte die Bundeskanzlerin Papandreou nach einem weiteren Krisentreffen mit Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy und den Spitzen von EU, EZB und IWF ein Ultimatum. Griechenland müsse das Referendum noch in diesem Jahr abhalten. Erst wenn es allen Auflagen vorbehaltlos zustimmt, fließen weitere Gelder. Ob das Referendum tatsächlich kommt oder Papandreou stürzt, konnte am Morgen des 3. November niemand mit letzter Sicherheit sagen. Zusätzlich zu Griechenland bangt Europa auch um Italien und Frankreich. Beide stehen finanzpolitisch mit dem Rücken zur Wand.

Nachdem Papandreou durch die Ankündigung zweier Parlamentarierinnen, bei der Vertrauensfrage gegen ihn zu stimmen, keine eigene Mehrheit mehr hatte, wurde eine Krisensitzung des Parlaments einberufen. Auch sein eigener Finanzminister hatte sich zuvor offen gegen den griechischen Regierungschef gestellt. Evangelos Venizelos lehnt ein Referendum über den Euro ab.

Merkel und Sarkozy waren sich offenbar schnell einig. Griechenland solle keine Hilfe mehr bekommen, solange unklar ist, ob es alle Sparauflagen erfüllt. Die Irritation über Papandreous Handeln ist bei allen Staats- und Regierungschefs der Eurozone groß. Hinter den Kulissen wird gefragt, warum er nicht den spanischen Weg gegangen sei. Spaniens Regierungschef José Luis Zapatero hatte Neuwahlen angekündigt, zuvor aber alle Sparmaßnahmen mit seiner Regierungsmehrheit durchgesetzt. Unabhängig davon, ob es tatsächlich zu einer Volksabstimmung oder einer Regierungskrise inklusive Rücktritt in Griechenland kommt, wird es in den kommenden Wochen und Monaten darum gehen, dass Griechenland das verlorene Vertrauen in seine Zuverlässigkeit wieder herstellt. Egal wer die griechische Regierung anführen wird, er wird vor unlösbar scheinenden Problemen stehen.

Das griechische Chaos ist vor allem deshalb so gefährlich, weil von ihm große Ansteckungsgefahr ausgeht. Italien steht unter massivem Druck. Sein Schuldenstand und seine wirtschaftliche Entwicklung lassen baldige Zahlungsschwierigkeiten befürchten. Die italienische Regierung ist zerstritten, schwach und somit kaum dazu in der Lage, die von der EU geforderten Reformmaßnahmen anzugehen. Rom war bereits am 23. Oktober vom Europäischen Rat gedrängt worden, schnell Reformen umzusetzen. Ministerpräsident Silvio Berlusconi hatte daraufhin in einem freundlichen, aber recht unverbindlichen Brief an Herman Van Rompuy und José Manuel Barroso zugesagt, Sparmaßnahmen ergreifen zu wollen. Den Staats- und Regierungschefs der Eurozone war dies aber zu wenig konkret. Sie forderten Italien auf, „so schnell wie möglich einen ehrgeizigen Zeitplan für Reformen vorzulegen“.



Drängt Venizelos, hier im Bild, Papandreou aus dem Amt?
© Consilium, 2011

Kommt Italien zu Fall, ist auch Frankreich nicht mehr zu halten, heißt es in Brüsseler Kreisen. Schon eine ungeordnete Insolvenz oder gar ein Euro-Austritt Griechenlands würde Frankreich, das selbst einen sehr hohen Schuldenstand hat, ins Taumeln bringen. Schließlich droht dem Hexagon bereits eine Herabstufung seines Topratings. Und seine Banken haben weitaus stärker in Griechenland investiert als die deutschen Kredithäuser.

Auf dem Sondergipfel vom 26. Oktober hatten die Chefs der Eurozone ein Paket von Entscheidungen präsentiert. Dieses Paket sollte für eine nachhaltige Stabilisierung Griechenlands und der Eurozone sorgen. Bis in die frühen Morgenstunden des 27. Oktober hatten die Staats- und Regierungschefs verhandelt. Die Ergebnisse, die Beschlüsse dieses Sondergipfels von Brüssel,

wurden einhellig begrüßt und überraschten viele Beobachter und Kommentatoren ob ihrer Tragweite.



Vielleicht nicht euphorisch, aber auch noch nicht ernüchtert, der ständige Ratspräsident Herman Van Rompuy und sein Generalsekretär, der deutsche Spitzenbeamte Uwe Corsepius während des Sonder-Gipfeltreffens vom 26. Oktober
© Consilium, 2011

Um Griechenland, das in den vergangenen Monaten trotz der bereits erfolgten Hilfen, immer tiefer in die Verschuldung rutschte, dauerhaft stabilisieren zu können, wurde nun der bereits viel diskutierte Schuldenschnitt vereinbart. Die privaten Gläubiger erklärten sich, vertreten durch den Internationalen Bankenverband, bereit, auf 50 Prozent ihrer Forderungen zu verzichten. Damit sollten Griechenlands Schulden von 200 auf 100 Milliarden Euro sinken. Dies sollte über einen freiwilligen Anleihetausch ins Werk gesetzt werden. 2021 sollte Griechenland – nach strikter Umsetzung seiner Sparmaßnahmen - wieder dazu in der Lage sein, sich selbst zu vertretbaren Zinsen mit Geld am Kapitalmarkt zu versorgen. Bis dahin sollte das Land 100 Milliarden Euro Kredithilfen aus dem Euro-Rettungsschirm erhalten.

Weiterhin wurde die so genannte „Hebelung" des Euro-Rettungsschirms beschlossen. Die der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) zur Verfügung stehenden Mittel sollen vervierbis verfünffacht werden. Dies soll durch die Mobilisierung privaten Kapitals geschehen. Europäische Emissäre machten sich gleich nach dem 26. Oktober auf den Weg nach Asien, mit der Spendenbüchse, wie Kritiker sagen. Die Privatanleger, gemeint sind große Fonds, sollen in Anleihen investieren, die nur zu einem Viertel oder Fünftel von der EFSF besichert werden. In welchem Umfang dies gelingt, gedacht wird vor allem an China als Investor, ist allerdings noch offen.

Zudem wurden Maßnahmen zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen. Die europäische Wirtschaftsregierung, die seit Jahren schon von Frankreich gefordert wird und zu der sich mittlerweile auch Deutschland bekennt, nimmt schärfere Konturen an. Die nationale Haushaltspolitik soll fortan auf europäischer Ebene koordiniert werden, bevor die Haushalte von den Parlamenten der Mitgliedstaaten beschlossen werden. Auch die Wirtschaftspolitik der Euro-Mitglieder soll enger abgestimmt werden, um strukturelle Ungleichgewichte zu vermeiden. Hierzu werden begrenzte Vertragsänderungen vorgesehen. Die EU-Kommission soll ab sofort eine herausragende Rolle in der Überwachung der nationalen Haushalte spielen. Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn wurde mit weitreichenden Kompetenzen versehen für die Aufsicht über die nationalen Staatshaushalte. Zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion soll bereits im Dezember ein Zwischenbericht, bis März ein Abschlussbericht präsentiert werden.



Das Krisenbrennglas könnte schon bald auf Silvio Berlusconi gerichtet sein
© Consilium, 2011

Nach der Erklärung Papandreous, ein Referendum durchführen zu wollen, ist all das, was zu Griechenland beschlossen wurde, auf Eis gelegt. Die Lage ist heikel, weil die Finanzmärkte und die Ratingagenturen nicht stillhalten werden in den Wochen bis zum 4. Dezember, an dem das griechische Referendum, so es denn kommt, abgehalten werden soll.

Dienstleistungsrichtlinie: Kommission klagt und beantragt Zwangsgelder gegen Deutschland

Die EU-Kommission hat beim Europäischen Gerichtshof gegen Deutschland, Griechenland und Österreich Klage erhoben. Den drei EU-Staaten wird vorgeworfen, die Dienstleistungsrichtlinie nicht vollständig umgesetzt zu haben. Die Kommission hat erklärt, auch Zwangsgelder beantragen zu wollen, die je Verzugstag fällig werden. Die Frist für die vollständige Umsetzung der Richtlinie endete am 28. Dezember 2009.

Die Klage berührt eine der umstrittensten Richtlinien der vergangenen Jahrzehnte. Zum ersten Mal hat die Kommission von ihrem neuen, im Vertrag von Lissabon verankerten Recht Gebrauch gemacht, bereits bei der ersten Klage Zwangsgelder zu beantragen. Laut Kommission sind Deutschland, Griechenland und Österreich die einzigen EU-Staaten, die die Richtlinie noch nicht vollständig in nationales Recht umgesetzt haben. Für Deutschland sind Zwangsgelder in Höhe von rund 141 Millionen Euro beantragt worden.



Nicht mehr gelb, sondern gleich rot
© Tomo Jesenicnik - Fotolia.com/ RTimages - Fotolia.com

In Brüssel heißt es, die europäische Dienstleistungsfreiheit werde nach wie vor durch „ungerechtfertigte oder unverhältnismäßige Anforderungen gebremst“. Damit werde den Verbrauchern der „Zugang zu einem größeren und innovativeren und preisgünstigeren Dienstleistungsangebot verwehrt“. Die Kommission beziffert die wirtschaftlichen Vorteile einer vollständigen Umsetzung der Richtlinie für die gesamte EU mit 60 bis 140 Milliarden Euro.

Eurostat: Grundschulen im Vergleich

Das europäische Amt für Statistik Eurostat veröffentlichte am 25. Oktober einen Bericht über die Trends im Bildungsbereich in Europa zwischen 2000 und 2009. Der Schwerpunkt der Umfrage liegt auf den Entwicklungen in der Primarstufe. Das Verhältnis Lehrer/Schüler lag durchschnittlich bei etwa 1/15. Damit hat es im EU-Durchschnitt keine nennenswerte Veränderung innerhalb der letzten zehn Jahre gegeben. In einigen Ländern hat sich die Rate hingegen deutlich verschoben. So unterrichtete im Jahr 2000 ein litauischer Lehrer im Schnitt noch 17 Schüler, heute sind es nur noch zehn. In Ländern wie zum Beispiel Frankreich ist hingegen ein Anstieg der Schülerzahlen pro Lehrer zu verzeichnen. Eine grundsätzliche Aussage über die Zeit, die ein Lehrer jedem Schüler widmen kann, ist mit dieser Statistik aber nicht getroffen.

Die Zahlen für Deutschland liegen laut Eurostat im Durchschnitt der Entwicklungen. War im Jahr 2000 ein Lehrer für 19,8 Schüler zuständig, waren es 2009 nur noch 17,4. Unvermindert hoch ist der Anteil der weiblichen Lehrkräfte im Grundschulbereich, der in Deutschland derzeit bei 85 Prozent liegt. Spitzenreiter ist Deutschland zudem beim Anteil von Lehrern, die älter sind als 50 Jahre. Knapp die Hälfte der Lehrkräfte ist in dieser Altersstufe (49,3 Prozent). Lediglich Schweden kommt auf eine ähnliche Prozentzahl. Im europäischen Schnitt sind weniger als ein Drittel der Lehrerinnen und Lehrer über 50 (28,6 Prozent).



Der Betreuungsschlüssel ist wichtig
© Destonian - Fotolia.com

Eurobarometer: Aus- und Weiterbildung

Die berufliche Aus- und Weiterbildung genießt nach wie vor einen guten Ruf in Europa. Das ergab eine aktuelle Umfrage von Eurobarometer im Auftrag der Europäischen Kommission. Insgesamt wurden etwa 27.000 Menschen in der gesamten Europäischen Union befragt. „Investitionen in die Berufsbildung sind eine der wirksamsten Methoden zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Indem wir hochwertige Bildungsangebote schaffen, ermöglichen wir es jungen Menschen, persönlich voranzukommen und sich die Fach- und Querschnittskompetenzen anzueignen, die Arbeitgeber suchen", sagte die für Bildung zuständige EU-Kommissarin Androulla Vassiliou bei der Vorstellung der Umfrage in Brüssel.

Die Kommissarin musste aber auch bilanzieren, dass sich in Europa zu wenige junge Menschen für eine Berufsbildung interessieren. Deshalb müsse die Berufsberatung verbessert und jungen Menschen die große Nachfrage nach Fachkräften deutlicher gemacht werden. Dabei ist der Ruf der beruflichen Aus- und Weiterbildung in Deutschland besser als im EU-Durchschnitt. Immerhin 81 Prozent der Deutschen haben ein positives Bild von dieser Bildungsform, europaweit sind es sieben Prozentpunkte weniger. Ablehnung zeigen in Deutschland lediglich 10 Prozent gegenüber immerhin 23 Prozent in der gesamten EU.

Sozialumfrage: Lebenszufriedenheit in der EU

Im Juni 2011 wurden über 26.000 Europäer zu ihrer aktuellen sozialen Situation befragt. In der dritten Sozialumfrage von Eurobarometer im Auftrag der Europäischen Kommission ergibt sich ein gemischtes Bild der sozialen Lage in Europa. „Die Europäische Union steht derzeit vor enormen Herausforderungen, die schwierige Entscheidungen und neue Prioritäten verlangen und damit das tägliche Leben der Menschen beeinflussen", sagte László Andor, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration mit Bezug auf die Ergebnisse der Umfrage am 17. Oktober in Brüssel. Wichtig für diesen Prozess werden auch die öffentlichen Dienste sein. Ihre Wahrnehmung hat sich europaweit im vergangenen Jahr leicht verbessert und ist in Deutschland im Vergleich zur vorherigen Umfrage sogar deutlich gestiegen.

Auffällig an den Ergebnissen ist, dass die Wahrnehmung der eigenen sozialen Situation ein deutliches Gefälle aufweist. In den nordischen Ländern und den Benelux-Staaten ist sie eher positiv. In den südlichen Ländern wie Portugal und Griechenland, aber auch in den baltischen Staaten hat sie sich massiv verschlechtert. Allerdings wird die persönliche Lage in beinahe allen EU-Staaten im Schnitt besser eingeschätzt als die allgemeine. Kommissar Andor betonte besonders die Rolle des gesellschaftlichen Zusammenhalts für die Entwicklung der kommenden Jahre. „Für Europas Erholung ist es von entscheidender Bedeutung, dass Wachstum, Beschäftigung und soziale Kohäsion auf eine Stufe gestellt werden. Echter Wohlstand bedeutet, dass bei der Messung des Fortschritts auch das Wohlbefinden der Menschen berücksichtigt wird", so Andor.



EU-Kommissar László Andor
© EU-Kommission, 2011

Ähnlich vielfältig wie die Ergebnisse zur sozialen Situation fielen auch die Antworten zum öffentlichen Dienst in den Ländern aus. Der Zustand des öffentlichen Diensts in Deutschland wird auf einer Skala von minus bis plus zehn mit plus 1.4 angegeben. In der gesamten EU liegt der Schnitt bei minus 1.4. Somit ist eine Steigerung von 0.4 Prozentpunkten im Vergleich zur letzten Umfrage zu beobachten. Am schlechtesten schneidet an dieser Stelle Griechenland mit einem Wert von minus 5.9 ab. Im Vergleich mit anderen Kategorien der Befragung ist die Zufriedenheit mit dem öffentlichen Dienst europaweit recht gut. Große Unzufriedenheit besteht zum Beispiel bei der individuellen Wohnungssituation oder dem Arbeitsmarkt.

Bericht aus den Institutionen

EU-Vergaberecht und interkommunale Zusammenarbeit

Die EU-Kommission hat Anfang Oktober ein internes Arbeitspapier zu vergaberechtlichen Fragen bei interkommunaler Zusammenarbeit veröffentlicht. Das Dokument schafft kein neues Recht, sondern informiert nur über die geltende Rechtslage, freilich in der Auslegung der Kommission. Der Mehrwert dieses von der Generaldirektion Wettbewerb erstellten Dokuments besteht nach Brüsseler Angaben in einer Darstellung, die auch das aktuelle europäische Richterrecht mit einbezieht. Die Kommission will allerdings noch in diesem Jahr auch einen neuen Rechtsakt vorlegen. Sie scheint aber auf das Parlament zugehen zu wollen, da sie sich bei den Ausnahmetatbeständen, wettbewerbsfreier Vergabe an den so genannten Rühle-Bericht des Europäischen Parlaments anlehnt.



Die Grünen EU-Abgeordnete Heide Rühle: „Aufgaben, die traditionell im Verantwortungsbereich der öffentlichen Hand lagen, werden nun aber durch die Liberalisierung der Europäischen Union zusehends für den Wettbewerb geöffnet. (...) Davon werden niedrigere Preise und ein Zuwachs an Arbeitsplätzen erwartet. (...) Fast völlig ausgeblendet werden dagegen Anforderungen einer Nachhaltigen Entwicklung, die ökologische und soziale Kriterien neben ökonomischen Zielen gleichberechtigt integriert, sowie Fragen nach der Rolle und Funktion von Kommunen als Orte lokaler Demokratie und politischer Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern."
© Europäisches Parlament, 2011

Die „Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über die Anwendung des EU-Vergaberechts auf Beziehungen zwischen öffentlichen Auftraggebern" betont in Anlehnung an den Bericht der Europa-Abgeordneten Heide Rühle, unter bestimmten Voraussetzungen entfalle die europaweite Ausschreibungspflicht. Demnach können öffentliche Auftraggeber ausschreibungsfrei zusammenarbeiten, wenn eine Aufgabe Gegenstand der Zusammenarbeit ist, die den beteiligten Kommunen obliegt, die Zusammenarbeit ohne Beteiligung Dritter erfolgt und die Tätigkeit im Wesentlichen für die beteiligten Kommunen verrichtet wird.

Diskriminierung: Kommission verklagt Italien

Die EU-Kommission wird Italien vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagen. Nach Ansicht der Kommission stellen Rechtsvorschriften der Provinz Bozen eine mittelbare Diskriminierung von Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union dar. So können bislang nur Bewerber in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden, die ihren Wohnsitz seit mindestens zwei Jahren in der Provinz haben. Nach Auffassung der Europäischen Kommission trifft diese Regelung ausländische Bewerber unverhältnismäßig stark und bevorzuge indirekt italienische Staatsangehörige. Nach europäischem Recht ist eine Regelung immer dann als unmittelbar diskriminierend einzustufen, wenn sie nicht objektiv gerechtfertigt ist und in keinem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Zweck steht.

Relaunch: Informationsportal Europa vor Ort

Ende Oktober startete die EU-Kommission in Deutschland ihr Online-Portal „Europa vor Ort" in überarbeiteter Fassung neu. Bereits seit 2009 wird hier über die Regionalförderung informiert. Nun erscheint das Portal mit neuem Layout und einem erweiterten Angebot. Die Kommission will nach eigener Aussage mit diesem Portal die europäische Dimension im Alltag sichtbar und greifbar machen. Neben konkreten Beispielen von Projekten vor Ort werden auch Informationen zu lokalen Ansprechpartnern und konkreten Anlaufstellen zur Verfügung gestellt. Außerdem werden regelmäßig relevante Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet und wichtige Termine der Europäischen Kommission angekündigt.



Screenshot
© EU-Kommission, 2011

Kommende EU-Initiativen

Am 25. Oktober teilte die EU-Kommission dem Europäischen Parlament mit, welche Initiativen sie noch bis Jahresende präsentieren will. Drei Wochen später als sonst soll am 15. November das jährliche Arbeitsprogramm der Kommission vorgestellt werden, aus dem detailliert hervorgeht, welche Arbeiten in 2012 anstehen. Kommissionspräsident José Manuel Barroso wird das Arbeitsprogramm vor dem Plenum des Europäischen Parlaments vorlegen.

Demnach wird die Kommission am 15. November eine Reihe von innen- und rechtspolitischen Fragen behandeln. Neben einer Mitteilung über die Finanzierung der europäischen Innenpolitik in den Jahren 2014 bis 2020 will die Kommission einen Vorschlag für eine Entscheidung über die Einrichtung eines Justiz-Programms vorlegen. Ebenso in Vorbereitung ist eine Entscheidung über europäische Bürgerrechte 2014 bis 2020. Ursprünglich schon für Ende Oktober vorgesehen, soll am 15. November auch eine Mitteilung über eine umfassende Herangehensweise an Fragen der Migration und Mobilität erscheinen. Geplant ist auch ein Grünbuch zur Richtlinie 2003/88/EG über Familienzusammenführungen. Eine weitere innenpolitische Initiative folgt am 7. Dezember zu den Zielen, zur Reichweite und zum operationellen Rahmen des Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR).



Nicht überall in Brüssel geht es so beschaulich zu wie hier auf dem herbstlichen Grand Place - Die Institutionen haben noch arbeitsreiche Wochen vor sich
© Dreadlock - Fotolia.com

Am 15. November soll ein Vorschlag für eine Verordnung von Parlament und Rat zur Änderung der Verordnung 1060/2009 über die Regulierung von Ratingagenturen vorgelegt werden. Für den 30. November ist das so genannte Flughafenpaket angekündigt, das eine Richtlinie oder sogar eine Verordnung zur Änderung der Bodenverkehrsdiensterichtlinie beinhalten soll. Für den 13. Dezember sind unter anderem eine Initiative über den Zugang von Gütern und Unternehmen aus Drittstaaten zum europäischen Beschaffungsmarkt und ein Richtlinienvorschlag zur Änderung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen angekündigt. Das europäische Arbeitsjahr endet mit einem gewerkschaftspolitisch besonders wichtigen Vorschlag. Am 20. Dezember soll ein Richtlinienvorschlag zur besseren Durchsetzung der Bestimmungen zur Arbeitnehmerentsendung im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen erfolgen.

Verantwortliches Unternehmertum

Ein verantwortungsbewusstes Unternehmen muss sich sowohl nach innen als auch nach außen an seinem Verhalten messen lassen. Die Europäische Kommission möchte durch ein neues Maßnahmenpaket eben solche Unternehmen stützen, die sich genau dieser Verantwortung bewusst sind. Aus einem anderen Blickwinkel hat hingegen Transparency International in seinem neuen Bestechungszahlerindex 2011 international agierende Unternehmen auf ihr Verantwortungsbewusstsein hin untersucht.

Die EU will künftig verstärkt solche Unternehmen stützen, die sich ihrer sozialen Verantwortung in besonderer Weise bewusst sind und entsprechend handeln. Mit einer Mitteilung zur sozialen Verantwortung von Unternehmen will die Kommission eine Anleitung zur effizienteren Nutzung von vorhandenen Potenzialen schaffen. Teil dieser Initiative ist es auch, dass 2013 erstmals eine Europäische Auszeichnung für sozial verantwortliche Unternehmen verliehen werden soll.

Um unternehmerisches Verantwortungsbewusstsein geht es auch Transparency International. Die Nichtregierungsorganisation hat in ihrem Bestechungszahlerindex 2011 weltweit Führungskräfte befragt, bei Unternehmen aus welchem Land sie am ehesten mit Bestechungszahlungen rechnen würden. Auf der Liste mit insgesamt 28 Ländern stehen auf den ersten vier Plätzen, also die mit der geringsten Korruptionswahrscheinlichkeit, mit den Niederlanden, Schweiz Belgien und Deutschland auch gleichzeitig vier europäische Länder. Schlusslichter auf den letzten drei Plätzen sind Mexiko, China und Russland

Heesen: öffentliche Dienste nicht kaputt sparen

„Wir haben schon jetzt in vielen Verwaltungsbereichen gravierende Engpässe beim Personal", sagte der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen am 2. November in Berlin. Heesen, der auch Präsident der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) ist, beobachtet die Personalentwicklung in weiten Teilen des öffentlichen Diensts mit Sorge. „Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern für praktisch alle Mitgliedstaaten der EU." Besonders hart betroffen seien die überschuldeten Staaten, die von der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds zu harten Sparprogrammen gezwungen werden.

„Natürlich muss in Ländern wie Griechenland anders gewirtschaftet und vor allem auch gespart werden. Wir lösen das Altschuldenproblem aber nicht, indem wir uns in die Depression sparen und die öffentlichen Dienste zerstören", so Heesen. Europas öffentliche Dienste seien untrennbar mit dem europäischen Sozialmodell verbunden. Es gelte, vor allem die Einnahmeseite der Staaten nicht aus dem Blick zu verlieren. „In Ländern wie Griechenland gibt es da ganz offensichtlich noch viel Luft nach oben. Ein Teil der Wahrheit ist, wenn man Schulden abbauen will, braucht man zum Beispiel eine funktionierende Steuerverwaltung", so der dbb Bundesvorsitzende.



dbb Chef Peter Heesen: In der Krise sind die öffentlichen Dienste Stabilitätsgaranten
© Urban, 2011

Heesen sorgt sich um die langfristigen Folgen der Sparmaßnahmen in den öffentlichen Diensten. In der Schuldenkrise gerate eine andere, am Horizont hochziehende Krise aus dem Blickfeld. „In Deutschland und sicherlich auch in anderen europäischen Ländern beginnt der demographische Wandel voll durchzuschlagen. Wir haben ein akutes Problem der Personalgewinnung", so der dbb Bundesvorsitzende. „Der öffentliche Dienst konkurriert mit der Wirtschaft um die besten Köpfe. Da spielt die Attraktivität der Beschäftigung im Staatsdienst schon eine große Rolle." Die Regierenden seien gut beraten, die Effekte der Alterung der europäischen Gesellschaft in ihre Finanzplanungen und Sparvorhaben mit einzubeziehen. Vor allem gibt Heesen zu bedenken: „Einmal zerstörte öffentliche Strukturen lassen sich nur sehr schwer wieder aufbauen." Gerade in Krisenzeiten seien verlässliche öffentliche Dienste aber Garanten der sozialen Stabilität.

Steuerabkommen mit der Schweiz: Eigenthaler kritisiert Ausverkauf deutscher Hoheitsrechte

„Steuergerechtigkeit sieht anders aus", kritisiert der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler das neue Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz. „Aus der Kavallerie, die für Ordnung sorgen sollte, wurde ein roter Teppich für nervenstarke Steuerhinterzieher und ihre Helfershelfer", so Eigenthaler am 10. Oktober in Berlin. Deutschland habe sich durch das Abkommen für einen Ausverkauf deutscher Hoheitsrechte entschieden. Dies sei ein untragbarer Zustand.

Das Übereinkommen zwischen Deutschland und der Schweiz war am 21. September 2011 feierlich von Regierungsvertretern beider Seiten unterzeichnet worden. Wirksam ist das Abkommen, das ab 2013 gelten soll, aber noch nicht. Dazu müssen in Deutschland noch beide Kammern des Parlaments zustimmen, im Bundesrat regt sich Widerstand. Und auch das Europäische Parlament hat noch Bedenken. Die Parlamentarier forderten nun die Europäische Kommission auf, die Europatauglichkeit des Abkommens zu prüfen.



Wird der Ankauf von Steuer CDs bald abgeschafft?
© Christian Loose - Fotolia.com

Scharfe Kritik übte der DSTG-Chef an der Ungleichbehandlung der Steuerzahler. „Ehrliche Steuerzahler zahlen im Höchstfall 42 Prozent plus Solidaritätszuschlag. Und die, die am längsten durchgehalten haben, bekommen nun ein Discount-Paket geschnürt“, kommentiert Eigenthaler die 19 bis 34 Prozent, die künftig – anonym und pauschal – auf Zinserträge, Aktiengewinne und hinterzogenes Kapital gezahlt werden müssen. Dieser niedrige Satz ist es auch, der die Europarechtstauglichkeit des Abkommens zweifelhaft erscheinen lässt. 2004 hatte die EU mit der Schweiz ein Zinsabkommen ausgehandelt, das eine Abgabenhöhe von immerhin 35 Prozent vorsah. Die bilaterale Regelung unterläuft diese Regelung nun. „Es kann nicht sein, dass zu Lasten der ehrlichen Steuerzahler nun Sonderregelungen getroffen werden, die zudem auch noch gegen europäische Harmonisierungsbemühungen verstoßen“, so Eigenthaler.



DSTG Chef Thomas Eigenthaler: Scharfe Kritik an Ungleichbehandlung der Steuerzahler
© DSTG, 2011

Zudem erfülle das Abkommen nicht seinen Zweck, die Steuerflucht werde nicht verhindert. „Die deutschen Behörden können jährlich nur rund 500 Anfragen zu deutschen Kontoinhabern an die Behörden in der Schweiz stellen. Das ist viel zu wenig“, so der DSTG-Chef. Heftig zu kritisieren sei auch, dass mit dem Abkommen der Ankauf von Steuer-CDs abgeschafft werden solle. Dies sei das bislang wirksamste Instrument, um Hinterzieher zur Strecke zu bringen. Schließlich lagere nach Schätzungen noch Schwarzgeld in einer Höhe von 150 Milliarden Euro in der Schweiz. „Die deutsche Politik sollte dringend nachverhandeln, bevor das Abkommen von der Europäischen Kommission für rechtswidrig erklärt wird“, forderte der DSTG-Chef.

Bodenverkehrsdienste: Brüsseler Gespräche der *komba gewerkschaft*

Am 19. Oktober führte die komba gewerkschaft eine Reihe von politischen Gesprächen im Europäischen Parlament in Brüssel. Gegenstand der Gespräche war die von der Kommission beabsichtigte weitere Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste an Europas Flughäfen. Eckhard Schwill, Bundesjustitiar der komba gewerkschaft, und die Betriebsräte Hans-Jürgen Schmidt und Werner Schmidt der Fraport AG am Frankfurter Flughafen sprachen unter anderem mit den EU-Abgeordneten Knut Fleckenstein (SPD) und Thomas Mann (CDU) sowie der für Beschäftigung und Sozialpolitik zuständigen Beraterin der Grünen im Europäischen Parlament, Philine Scholze.

Die Betriebsräte wollen die EU-Abgeordneten, die sich fraktionsübergreifend gegen weitere Marktöffnungen einsetzen, unterstützen. „Am liebsten wäre es uns, wenn das Ding gar nicht erst auf den Tisch kommt“, sagten die „Kombaner“ ihren Brüsseler Gesprächspartnern. Die Betriebsräte warnen gar vor weitreichenden Folgen auch für andere Verkehrsbereiche.



v.l.n.r. Knut Fleckenstein MdEP, Eckhard Schwill, Hans-Jürgen Schmidt und Werner Schmidt
© dbb, 2011

Knut Fleckenstein, der im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments für das marktschaffende Kommissionsvorhaben zuständige SPD - Europaabgeordnete, hatte sich bereits am 10. Oktober mit einem Unterstützungsschreiben an die Betriebsratsvorsitzenden der betroffenen Flughäfen gewandt. Darin versichert der Hanseat den Arbeitnehmern die volle Unterstützung der europäischen SPD-Abgeordneten gegen die weitere Liberalisierung der Bodenverkehrs- beziehungsweise Abfertigungsdienste. Dies bestätigte Fleckenstein auch im Brüsseler Gespräch. „Der bisherige Vorschlag der

Kommission wäre in seiner jetzigen Form inakzeptabel.“ Schon die erste Liberalisierungs-Richtlinie von 1996 habe zu einer starken Lohnabsenkung geführt. „Eine weitere rücksichtslose Liberalisierung auf Kosten der Arbeitnehmerschaft werden wir nicht akzeptieren“, so Fleckenstein.



Die „Kombaner“ mit Thomas Mann MdEP
© dbb, 2011

„Wir wollen kein Sozialdumping an deutschen Flughäfen“, sagt auch Fleckensteins christdemokratischer Kollege Thomas Mann, der bereits in der Vergangenheit maßgeblich dazu beigetragen hat, die weitreichenden Liberalisierungsideen der Kommission abzuwehren. Er war zweimal Berichterstatter seines Ausschusses zu den Bodenverkehrsdiensten. Der hessische CDU-Politiker ist als Vize-Präsident des Parlamentsausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) ein wichtiger Ansprechpartner im Europäischen Parlament. Mann macht sich dafür stark, dass der EMPL-Ausschuss gleichberechtigt mit dem Verkehrsausschuss (TRANS) in die Beratungen zur weiteren Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste eintritt. „Der Vorgang hat eine erhebliche beschäftigungspolitische Dimension. Die Sozialpolitiker des Parlaments müssen daher entsprechend an der Berichtsfassung beteiligt werden“, fordert Mann. Bisher ist eine Federführung des Verkehrsausschusses vorgesehen, da die Bodenverkehrsdienste im so genannten Flughafenpaket der Kommission nur einen Teil mehrerer Rechtsakte darstellt, die Fragen wie die Vergabe von Zeitnischen für Start und Landung sowie Sicherheitsstandards im europäischen Flugverkehr betreffen.

Auch die deutschen Grünen-Abgeordneten im Europäischen Parlament unterstützen das Anliegen der komba gewerkschaft wie die Referentin Philine Scholze auch im Namen der Abgeordneten Elisabeth Schroedter, Vize-Präsidentin des Beschäftigungsausschusses, betonte. Sie rechnet fest mit einer geschlossenen Ablehnung arbeitnehmerfeindlicher Regelungen durch ihre Fraktion. Betriebsrat Hans-Jürgen Schmidt befürchtet, dass die Folgen dieser Marktöffnung in einigen EU-Staaten unterschätzt werden. „Dieser Vorstoß betrifft in letzter Konsequenz den gesamten Verkehrssektor. Hier soll die Büchse der Pandora geöffnet werden. Wenn diese Politik der Marktschaffung Schule macht, drohen Niedriglöhne nicht nur bei den Bodenverkehrsdiensten an deutschen Flughäfen.“ Sein Kollege Werner Schmidt machte in den Gesprächen zudem darauf aufmerksam, dass Ausgliederungen am Frankfurter Flughafen in Folge einer weiteren Liberalisierung auch eine Gefahr für die Zusatzversorgung im hessischen öffentlichen Dienst darstellen. „Diese ‚Mitgift‘ erfordert eine Liquidität, die nicht in einen fairen Wettbewerb sondern schnurstracks in die Pleite führt“, so Schmidt. Die Folgen einer solchen Entwicklung für das Land Hessen seien unabsehbar.

So klar die Haltung der deutschen EU-Parlamentarier ist, so unklar ist die Lage in Deutschland selbst. Zwar hat der Bundesrat klar ablehnend zu weiteren Marktöffnungen der Flughafendienste Stellung bezogen. Die Bundesregierung hat sich aber noch nicht festgelegt. „Was sagt Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer?“, fragen sich die Betriebsräte Hans-Jürgen und Werner Schmidt. Die komba gewerkschaft befürchtet, dass die Lufthansa AG und ihre Star Alliance, die ein starkes Interesse an Personaleinsparungen haben, enormen Druck ausüben. „Die sitzen bei den Kabinettsberatungen mit am Tisch“, sagen die Gewerkschafter. Die Generaldirektion Verkehr der EU-Kommission scheint indessen unbeirrt ihren Vorschlag vorzubereiten. Er wird für Ende November erwartet. Verkehrskommissar Siim Kallas gilt als ultraliberaler Verfechter eines unverfälschten Wettbewerbs.

Weitere Unterstützung aus Brüssel

dbb und komba gewerkschaft haben die volle Unterstützung der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI). CESI-Generalsekretär Helmut Müllers: „Die bereits erfolgten Liberalisierungsschritte haben sich als eher ungünstig für das reibungslose Funktionieren der Bodenverkehrsdienste erwiesen.“ Der Vertrag von Lissabon verlange eine Folgenabschätzung weiterer Schritte zur Marktöffnung. Die mit der Richtlinie von 1996 erfolgte Deregulierung der Bodenverkehrsdienste verursache viele Probleme an Europas Flughäfen. „Man braucht qualifiziertes und motiviertes Personal, um diese logistische Aufgabe gewissenhaft zu erledigen“, so Müllers. „Wir rufen die Kommission auf, ihre neue Liberalisierungsrichtlinie zurückzuziehen.“

dbb in Europa

Wendt: Drogen europaweit bekämpfen - Bundespolizei und Zoll in Deutschland stärken!

„Drogen zerstören Leben. Die Polizei unternimmt alles, um den Handel und die Ausbreitung von harten Drogen zu verhindern. Dazu braucht es aber eine noch stärkere europäische Zusammenarbeit", begrüßt der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Rainer Wendt den neuen europäischen Pakt gegen synthetische Drogen, der vom Europäischen Rat am 27. Oktober in Luxemburg beschlossen wurde. „Das Geschäft mit Drogen ist eine riesige Industrie, die immer wieder neue Schlupflöcher für den Handel findet. Dieser organisierten Kriminalität müssen wir mit gemeinsamen europäischen Anstrengungen begegnen. Sonst wird die Zahl der Drogenopfer in Deutschland und anderen EU-Ländern unvermindert hoch bleiben", so der DPolG-Chef.



DPolG-Chef Rainer Wendt fordert gemeinsame europäische Anstrengungen gegen den Drogenhandel
© DPolG, 2011

„Die Folgen von Drogen sind schrecklich. Aufklärung über den Konsum ist das eine, aber ohne die Handelswege dicht zu machen, werden wir das Problem nicht in den Griff bekommen", so Wendt. Deshalb sei das Ziel des Rats zu begrüßen, in den zuständigen Behörden künftig größeres Gewicht auf die Schulung im Aufspüren und Zerschlagen illegaler Labors zu legen. Verstärkt sollen sich die Bemühungen auch auf so genannte ‚Legal Highs' richten, die legal zu erwerbenden Grundstoffe für synthetische Drogen. In illegalen Werkstätten werden diese zu synthetischen Drogen zusammengemischt. „Wir wissen immer noch zu wenig über die Wege, die die Drogen in Europa zurücklegen. Nur wenn die Behörden europaweit ihre Informationen austauschen und gemeinsame Strategien entwickeln, können wir hier die dringend benötigten Fortschritte erzielen," fordert Wendt.

„Allerdings müssen die Kolleginnen und Kollegen, die bereits jetzt schon eine sehr gute Arbeit machen, dann auch die nötigen Instrumente zur Verfügung gestellt bekommen, um ihre Aufgaben erledigen zu können", so der DPolG-Chef. Die organisierte Drogenkriminalität könne auf erhebliche Mittel und eine hochentwickelte Infrastruktur zurückgreifen. Mit Stellenkürzungen und Etatstreichungen bei der Polizei sei eine qualitativ hochwertige Drogenbekämpfung nur schwer zu leisten: „Bundespolizei und Zoll liefern gegen den grenzüberschreitenden Drogenhandel hervorragende Arbeit ab, aber der Druck nimmt zu. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, Kräfteausstattung und Technik weiter zu stärken!"

"Begegnungen" des BBW

In loser Reihe veranstaltet der BBW Beamtenbund Tarifunion in Stuttgart „Begegnungen" zu europäischen Themen. Am 14. Oktober diskutierten Hans-Peter Villis, Vorstandschef der Energie Baden-Württemberg (EnBW), und EU-Energiekommissar Günther Oettinger die Herausforderungen der Energiewende in Deutschland und Europa. Begrüßt wurden sie vom Landesbundvorsitzenden Volker Stich, der die große Bedeutung der Energiefrage für Baden-Württemberg und Europa betonte. Oettinger und Villis waren sich einig, dass das Stromnetz in Europa schnell ausgebaut werden müsse und so die Stromwende in Deutschland auch ohne „Blackouts" zu schaffen sei. Warnende Worte fand der EU-Kommissar aber mit Blick auf den Strompreis: wenn es Deutschland nicht gelinge, der Industrie bezahlbaren Strom zu liefern, drohe dem Land die „Deindustrialisierung".



BBW-Chef Volker Stich
© BBW, 2011

europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger
und ihr Landesverband Berlin

dbb beamtenbund und tarifunion



Europäischer Abend

Europäische Außenpolitik – Marke ohne Kern?

Mittwoch, 16. November 2011, 19.00 Uhr
dbb forum berlin
Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin

In Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

dbb europathemen
EurActiv

Europäischer Abend

Europäische Außenpolitik – Marke ohne Kern?

PROGRAMM

18.30 Uhr **Empfang und kleiner Imbiss**

19.00 Uhr **Begrüßung**
Matthias Petschke,
Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

19.15 Uhr **Rede**
Karl Schwarzenberg,
Außenminister der Republik Tschechien

19.45 Uhr **Podium**
Elmar Brok MdEP,
außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion
(angefragt)

Dr. Werner Hoyer MdB,
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Wolfgang Ischinger,
Botschafter, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz

Prof. Dr. Thomas Risse,
Direktor der Arbeitsstelle Transnationale Beziehungen, Außen- und Sicherheitspolitik, Otto-Suhr-Institut, FU Berlin

Helga Schmid,
stellvertretende Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes

Moderation:
Prof. Dr. Eckart Stratenschulte,
Direktor der Europäischen Akademie Berlin

21.00 Uhr **Schlusswort**
Manuel Sarrazin MdB,
Sprecher der Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag

Anschl. **Ausklang im dbb Club**

Das Projekt wird gefördert durch Mittel der Europäischen Union.
Die Verantwortung für den Inhalt trägt allein der Veranstalter. Die vorgetragenen Meinungen sind nicht notwendigerweise die der Europäischen Kommission.
Anmeldung: europathemen@dbb.de **oder** www.europa-union.de

EFSF-Hebelung: Sorge um Arbeitnehmerrechte

Die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) beobachtet die Entwicklung der Weltfinanz- und Euro-Schuldenkrise mit großer Sorge. In den allgemeinen Jubel über den gelungenen Gipfel vom 26. Oktober mischt sich Skepsis über die Folgen massiver Staatsanleihenkäufe durch nicht-europäische Staaten. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht en passant unser Sozialmodell verpfänden", warnt CESI-Vizepräsident Romain Wolff. Der Luxemburger Finanz- und Steuerexperte sieht Gefahren in einer massiven Beteiligung auswärtiger Anleger an den von der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) abzusichernden Anleihen. „Wie hoch wird der politische Preis sein?", fragt Wolff.

Grundsätzlich seien außereuropäische Investoren sehr willkommen, sagt Romain Wolff. Die Wirtschaft sei auf eine enge Einbindung in die Weltwirtschaft angewiesen, das europäische Wohlfahrtsmodell beruhe auf dieser ökonomischen Verflechtung. Ausländische Direktinvestitionen seien daher eine tragende Säule des EU - Binnenmarkts. Hier würden bestehende Arbeitsplätze gesichert und zusätzliche geschaffen. Die Hebelung des EFSF-Volumens mit Hilfe auswärtiger Investoren sei aber etwas qualitativ ganz anderes. „Direktinvestitionen in Märkte sind das eine. Milliardenschwere Einstiege in Staatsanleihen überschuldeter Euro-Länder sind das andere. Es stellt sich die Frage nach den politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten, die sich letztendlich daraus ergeben: Wir müssen uns genau anschauen, wer bei uns investieren will", erklärte Wolff.



Romain Wolff: Wie hoch wird der Preis sein?
© CESI, 2011

Die Investoren, um die es gehe, seien größtenteils Staatsfonds aus China und den Golfemiraten. „Die machen so etwas aber nicht aus reiner Nächstenliebe und auch nicht nur, um den europäischen Absatzmarkt zu sichern." Der CESI-Vizepräsident befürchtet, dass Staatsfonds, die von diktatorischen Regimen gesteuert werden und aufgrund ihrer Finanzkraft enorme Macht haben, über kurz oder lang Einfluss auf die politischen Orientierungen der Schuldner gewinnen. „Langfristig sehe ich unser europäisches Sozialmodell in Gefahr, das bei allen Unterschieden im Detail, im Vergleich zu autoritär regierten Staaten doch gewisse gemeinsame Grundlagen aufweist." Wolff sieht ganz konkret Gewerkschaftsrechte in Gefahr. „Im weltweiten Vergleichsmaßstab sind wir Europäer mit unserer Mitbestimmung einzigartig. Eine pluralistische und demokratische Arbeitnehmerbeteiligung ist bei weitem nicht die Regel. Wir müssen achtgeben, dass unsere Staaten nicht so sehr in Abhängigkeit geraten, dass wir diese Rechte und viele soziale Errungenschaften nach und nach verlieren."

Binnenmarktakte: CESI drängt das Parlament, die „vergessene soziale Dimension" zu fördern

„Der Binnenmarkt ist eine große Errungenschaft, Europa muss aber seine soziale Dimension stärken, wenn es die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen will". Dies sagte CESI-Generalsekretär Helmut Müllers am Vorabend einer Befragung der Kommissare Barnier, Dalli und Kroes im Europäischen Parlament. Müllers betont, dass der Lissabonvertrag die EU als soziale Marktwirtschaft definiere. Die CESI verlangt, der Binnenmarkt müsse die sozialen Grundrechte wahren.



Helmut Müllers sprach im September mit dem für den Binnenmarkt zuständigen EU-Kommissar Michel Barnier
© CESI, 2011

„Zwölf Hebel sollen Wirtschaftswachstum erzeugen, dieses Wachstum muss aber nachhaltig und zum Wohle der Arbeitnehmer sein", so der Generalsekretär. Müllers warnt, die Krise sei nicht nur

eine finanzielle und wirtschaftliche sondern auch eine soziale. „Die Arbeitslosigkeit steigt in vielen EU-Staaten rapide an. Unsere Hauptsorge muss sein, dagegen anzukämpfen. Helmut Müllers forderte die Europaabgeordneten auf, die soziale Lücke im Binnenmarktrecht zu schließen.

Neugebauer: öffentliche Dienste bei Integration unterstützen

"Integration ist eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Dienste in Europa. Die öffentlich Bediensteten müssen bei ihren Bemühungen stärker unterstützt werden", forderte CESI-Präsident Fritz Neugebauer anlässlich einer Tagung der CESI - Akademie in Wien am 29. September. "Integration ist eine große soziale Herausforderung, der sich die ganze Gesellschaft stellen muss", so Neugebauer. Künftig seien verstärkte Anstrengungen nötig, um möglichst viele Menschen bei der Integration auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zu unterstützen.



Präsident Fritz Neugebauer im Gespräch mit Generalsekretär Helmut Müllers und Norbert Schnedl, Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
© Andi Bruckner, www.andibruckner.com

Die meisten Länder Europas seien in den vergangenen Jahrzehnten Zuwanderungsländer gewesen. „Die Staaten müssen die spezifische Ausbildung im öffentlichen Dienst stärker fördern. Die Integration von Migranten erfordert spezifische Kompetenzen“, sagte Neugebauer. So müssten nicht nur rein formale Anforderungen erfüllt werden, es gehe vor allem auch darum, den Bedürfnissen der Migranten gerecht zu werden. „Integration bedarf nicht nur des Willens, sondern auch des Verständnisses auf beiden Seiten, dass erfolgreiche Integration gesellschaftliche Teilhabe voraussetzt.“ Neugebauer verwies auf diesbezügliche österreichische Initiativen wie zum Beispiel die „Rot-Weiß-Rot-Fibel“, die die Grundwerte der österreichischen Gesellschaft darstellt und eine positive Bewusstseinsänderung bewirken soll.

Vor allem komme es darauf an, auch die Vorteile von Integration hervorzuheben. „In Zeiten des demographischen Wandels wäre es naiv zu glauben, wir könnten auf Migration verzichten. Zuwanderer bringen wichtige Impulse für die Gesellschaften und nicht zuletzt für den qualifizierten Arbeitsmarkt“, betonte Neugebauer. Nur wenn der öffentliche Dienst, angefangen in den lokalen Verwaltungen vor Ort bis hin zu den Ministerien, stärker bei den Herausforderungen der Integration unterstützt werde, könne sie zu einem gesamtgesellschaftlichen Erfolg geführt werden.

EDUC: Bildung in der Krise stärken

„Wenn wir in der Krise unsere Bildung kaputtsparen, zerstören wir auch die Fundamente, auf die wir das Wohlergehen der nächsten Generation aufbauen wollen“, erklärte Claude Heiser, der Vorsitzende des CESI-Berufsrats für Kultur, Bildung, Forschung und Jugend EDUC am 6. Oktober in Brüssel. Die Einsparungen in den öffentlichen Haushalten vieler europäischer Länder dürften nicht dazu führen, dass der Wert der Bildung für die Gesellschaft als Ganzes aus dem Blick verloren geht. „Wir müssen den kommenden Generationen das richtige Werkzeug mit auf den Weg geben, damit sie in der globalisierten Welt auch bestehen können“, so Heiser. Bildung sei nicht zum Nulltarif zu haben.

Ausdrücklich lobte Heiser aber auch die Fortschritte, die in den vergangenen Jahren in vielen Ländern im Bereich der Bildung erreicht worden seien. „Langsam werden erste Fortschritte sichtbar. Die Zahl der Schulabschlüsse steigt, mehr Menschen haben einen Zugang zu höherer Bildung“, lobt Heiser. Doch seien diese Fortschritte in Gefahr. „Die Einsparungen im öffentlichen Dienst der letzten Jahre haben die Schulen und Universitäten teilweise sehr hart getroffen“, kritisierte Heiser. Vor allem der Stellenabbau in vielen öffentlichen Bildungseinrichtungen führe zu übermäßigen Belastungen der verbleibenden Lehrkräfte. Dies durch Investitionen des privaten Sektors sowohl in den Primar- und Sekundarschulen sowie in der Hochschulbildung auffangen zu wollen, sei höchst problematisch, da die Frage nach der Unabhängigkeit der Bildung und der Lehreinrichtungen aufgeworfen werde.

Häufig werde lediglich an die kurzfristige Ausgabenseite gedacht. „Wenn Lehrstellen abgebaut, Klassengrößen erhöht und Gelder für Lehrmittel gestrichen werden kommt selbst der beste Lehrer an seine Grenzen“, so Heiser. Die Qualität der Bildung und somit auch der Abschlüsse werde darunter zwangsläufig leiden. Dies widerspreche nicht nur den Europa-2020-Zielen der Europäischen Kommission, sondern auch dem grundlegenden Anliegen einer nachhaltigen Entwicklung.



Claude Heiser: Bildung droht wieder zum Luxusgut zu werden
© CESI, 2011

Bildung drohe wieder zu einem Luxusgut zu werden. „Gerade höhere Bildungsabschlüsse sind in den letzten Jahren unverhältnismäßig teuer geworden“, kritisiert Heiser. Für viele sei so ein Studium schon aus rein finanziellen Gründen keine Option mehr. „Schulen und weiterführende Bildungseinrichtungen müssen auch weiterhin von den Staaten besondere Aufmerksamkeit bekommen. Bildung muss für mehr Menschen erreichbar werden“, forderte der EDUC-Vorsitzende. Die Konsequenzen einer verfehlten Bildungspolitik könnten andernfalls verheerend sein.

Solidarität mit spanischen Lehrern

Spaniens Jugend ist besonders hart von der Krise betroffen. 40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit sind eine große Gefahr für die Stabilität einer Gesellschaft. Nun hat die spanische Regierung Sparmaßnahmen beschlossen, die sich besonders auch auf das Bildungswesen beziehen. CESI - Generalsekretär Helmut Müllers und Claude Heiser, der Vorsitzende des CESI Bildungsausschusses (EDUC) richteten Mitte Oktober eine Solidaritätsadresse an die spanischen Lehrergewerkschaften ANPE und CSIF. Jeder Euro, der in die Bildung gesteckt wird, ist eine Investition und keine Ausgabe“, heißt es in dem Schreiben. Die CESI sorgt sich um das öffentliche Bild von Beamten im Allgemeinen und Lehrern im Besonderen. Beide werden häufig als Kostenfaktoren dargestellt. „Ohne qualifizierte und motivierte Beamte und Angestellte im Schulwesen brauchen wir keinen Gedanken an eine wissensbasierte Gesellschaft verschwenden“, so Müllers.

Die Solidaritätsadresse der CESI ist eine Reaktion auf alarmierende Nachrichten aus den spanischen Lehrergewerkschaften. Diese melden tiefe Einschnitte in die Bildungsausgaben. Heiser und Müllers erinnern in ihrem Schreiben an eine Erklärung, die CESI im Januar im Rahmen des sektoralen sozialen Dialogs Bildung mit gezeichnet hat. „In dieser Erklärung bestätigen auch die Dienstherren und Arbeitgeber die entscheidende Rolle, die der Bildung in Bezug auf eine aktive Bürgerschaft und eine dynamische Wirtschaft zukommt. Die CESI erinnert auch an die Bedeutung, die die EU der Bildung für die Europa 2020-Strategie beimisst. Heiser und Müllers plädieren für einen umsichtigen Umgang mit den Bildungsetats, wo Sparpakete geschnürt werden müssen. „Ein effizientes Schulwesen und hochwertige Universitäten haben ein gut ausgebildetes und anständig bezahltes Personal zur Voraussetzung.“

CESI fordert Stopp von Gefängnisprivatisierungen

„Es ist ein Skandal, dass selbst in Zeiten der Krise einige Länder weiterhin Gefängnisse privatisieren und damit sowohl die Sicherheit als auch die Gesundheit von Vollzugsbeamten aufs Spiel setzen“, kritisierte Mark Freeman, Vorsitzender des CESI-Berufsrats Justiz am 5. Oktober in London. So verkaufe zum Beispiel die britische Regierung nach wie vor Gefängnisse, ohne auf die Bedenken und Argumente der Belegschaft zu hören. „Die betroffenen Angestellten vor Ort wissen am besten, wie ein Gefängnis organisiert werden muss“, so Freeman. Ein effektiver und angemessener Gefängnisbetrieb sei unter rein wettbewerbsorientierten Gesichtspunkten nicht zu leisten.

Die Privatisierung von Staatseigentum in einigen Ländern Europas führe mehr und mehr auch zu Problemen in sensiblen Bereichen. „Die öffentlichen Haushalte stehen unter Druck. Aber die Privatisierung von Gefängnissen ist keine Lösung. Es werden deutlich mehr Probleme geschaffen als gelöst“, so Freeman. Der Strafvollzug sei eine hoheitliche Aufgabe, die der Staat nicht aus der

Hand geben dürfe. Andernfalls stelle er seine eigenen moralischen Ansprüche in Frage. Vielmehr müsse der Strafvollzug eine vorbildliche Einrichtung bleiben. „Wie eine Gesellschaft mit ihren Straftätern umgeht, sagt viel über ihre Grundwerte aus. Diese dürfen wir nicht aufgeben“, fordert der Berufsratsvorsitzende. Privatisierte Gefängnisse könnten diese Standards aber häufig nicht einhalten.



Mark Freeman ist gegen Gefängnisprivatisierungen
© Andi Bruckner, www.andibruckner.com

Ebenso dürfe aber auch nicht vergessen werden, welchem Druck die Justizvollzugsbeschäftigten ausgesetzt werden. „In Krisenzeiten stehen die Angestellten in Gefängnissen an vorderster Front der gesellschaftlichen Auseinandersetzung“, erklärte Freeman. Viel zu häufig habe der Staat aber ihre Bedürfnisse aus den Augen verloren. „Die gesundheitliche Belastung für Beamte in Gefängnissen ist enorm und nimmt mit jedem Personalabbau weiter zu“, so Freeman. Die Regierungen, die sich hier bislang besonders mit Kürzungen und Privatisierungen hervorgetan hätten, wie zum Beispiel die britische, müssten nun endlich zur Vernunft kommen.

Berufsrat Post und Telekom: Überwachung der Arbeitnehmer in Call-Centern stoppen

„Die systematische Überwachung von Mitarbeitern in Call-Centern ist ein absoluter Skandal“, so Manfred Wiedner, Präsident des CESI-Berufsrats Post und Telekom. In vielen Betrieben nutzten die Arbeitgeber ihre Kontrollbefugnisse weit über den rechtlich gestatteten Rahmen hinaus aus. Dies sei ein untragbarer Zustand. „Wenn Arbeitgeber sich bis weit in die Privatsphäre ihrer Angestellten begeben, läuft etwas gewaltig schief“, kritisierte der Berufsrats-Präsident. Sein Stellvertreter und Leiter der Arbeitsgruppe Telekom, Horst Sayffaerth, sieht durch die Maßnahmen den sozialen Frieden in Gefahr. „Zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber muss ein grundsätzliches Vertrauensverhältnis herrschen. Durch Überwachungen im großen Stil wird dies nachhaltig gestört, wenn nicht gar zerstört.“

„Es gibt vielfältige Kontrollmöglichkeiten der Arbeitgeber, die zum Teil ohne Wissen der Beschäftigten oder deren betriebliche Vertreter eingesetzt werden“, beklagt Horst Sayffaerth. Neben der direkten Überprüfung der Arbeitsleistung durch Vorgesetzte kämen auch elektronische Systeme zum Einsatz – mit erheblichen Gefahren für die Beschäftigten. „Die Kontrollsysteme werden häufig missbraucht“, ergänzt Manfred Wiedner. Auch wenn dies in den Gesetzen nicht vorgesehen sei, würden die Überwachungsmechanismen auch zur Leistungs- und Verhaltenskontrolle genutzt. Dies habe häufig negative Auswirkungen auf die Bezahlung und die generelle Beurteilung der Angestellten.



Unhaltbare Zustände in den Call-Centern
© Peter Atkins – fotolia.com

Die Gewerkschaften würden teilweise darüber hinaus von den Regierungen ihrer Länder an der Arbeit gegen diese Missstände gehindert. Häufig würden Gewerkschaften vom nationalen sozialen Dialog ausgeschlossen, da willkürlich neue Repräsentanzgrößen festgelegt würden. „Viele Gewerkschaften werden ohne Rücksicht auf fundamentale Arbeitnehmerrechte in ihrer Arbeit behindert. Die Entscheidungen über die Repräsentanz müssen nachvollziehbar und angemessen ausfallen“, fordert Wiedner die Regierungen der Mitgliedsländer zu einem Richtungswechsel auf. Alle in den Betrieben vertretenen Gewerkschaften sollten am Dialog beteiligt werden, ohne Ansehen der Größe.

Fachtagung in Wien

9,4 Prozent der europäischen Bevölkerung sind Migranten. In Wien, dem Tagungsort der CESI-Fachtagung zum Thema „Öffentlicher Dienst und Integration von Migranten in die Europäische Union" beträgt der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund 38 Prozent. In diesem Sinne war der Ort gut gewählt, um das Thema von allen Seiten zu beleuchten. Mit mehr als 20 Referenten, die vom 28. bis zum 30. September aus allen Regionen Europas in die Donaustadt gekommen waren, konnte die CESI ein dichtes und vielfältiges Spektrum bearbeiten, das unbedingt geeignet war, sowohl die zahlreichen Facetten der Thematik, als auch verschiedene in Europa praktizierte Lösungswege aufzuzeigen.

CESI-Generalsekretär Helmut Müllers bekräftigte, dass sich die CESI mit Nachdruck für aktive Integration innerhalb der EU einsetzen werde. „Migration bietet Potential für Europa. Sie ist eine Chance für eine zukunftsgerichtete, innovative und soziale europäische Gesellschaft", so der Generalsekretär. Dabei müsse Integration europäisch gedacht werden und alle Lebensbereiche umfassen, um soziale Kohäsion und nicht Exklusion zu bewirken. „Gesellschaftliche Teilhabe ist der Schlüssel zur Integration".

Der Vorsitzende des CESI-Sozialausschusses SOC, Klaus Dauderstädt, fasste am zweiten Tag die Ergebnisse der Tagung zusammen. Einerseits müssten die aktuellen Probleme deutlich benannt werden, andererseits sei es auch notwendig, klare Forderungen aus der Sicht des öffentlichen Dienstes zu erheben. Dies müssten mutig formuliert werden. „Lassen Sie uns diese Herausforderung annehmen, ohne unsere Traditionen zu vergessen die Zukunft in liberalen Gesellschaften mit Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Wir als Vertreter der Gewerkschaften können durch Einflussnahme auf die Politik, als Tarifpartner und über die Mitbestimmung wesentlich daran mitwirken", so Dauderstädt. Eine erfolgreiche Integration, so Klaus Dauderstädt, könne es nur geben, wenn der öffentliche Dienst auch effizient sei. Deshalb seien die Gewerkschaften gefordert, politisch eindeutig Stellung zu beziehen.

Weitere Informationen zur Tagung sowie Vorträge und Präsentationen finden sich auf den Internetseiten der CESI-Fachtagung.

(Ulrich Hohndorf)





Die stellvertretende Leiterin der Europäischen Akademie Berlin, Andrea Despot, und der österreichische Staatssekretär für Integration, Sebastian Kurz
© alle Bilder Andi Bruckner, www.andibruckner.com



Klaus Dauderstädt



Wilhelm Gloss



Blick in den Tagungssaal

Mehr Rechte für Passagiere

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) spricht Passagieren deutlich mehr Rechte zu. Wenn ein Flug annulliert wird, mussten auch schon bislang die vollen Kosten erstattet werden. Zudem muss sich die Fluggesellschaft um zusätzliche Transportkosten und anfallende Verpflegungs- und Übernachtungsaufwendungen kümmern. Dies galt auch für Flüge, die nach dem Start umdrehen und zum Ausgangsflughafen zurückkehren mussten. Nun haben die Richter ihre Rechtsprechung ausgeweitet und gestehen den Fluggästen eine Entschädigung von bis zu 4.150 Euro für entstandene immaterielle Schäden zu. Damit sind Unannehmlichkeiten gemeint, die dem Fluggast durch die erhebliche Verspätung seines Fluges entstanden sind.

Schweizer Bauern dürfen deutsche Erde pflügen

Die Richter in Luxemburg mussten klären, ob Bauern aus der Schweiz in Deutschland Land pachten dürfen. Laut eines bilateralen Vertrags von 1958 dürfen Schweizer Land bis 10 Kilometer hinter der Grenze auf deutschem Boden pachten. Da sie ihre Ware seit Wegfall der Zollhürden ohne Hindernisse zollfrei über die Grenze in die Schweiz bringen können und dort einen höheren Preis erzielen als in Deutschland, sind sie auch in der Lage eine höhere Pacht zu zahlen als deutsche Bauern. Trotz dieses Wettbewerbsvorteils sei eine solche Vergabe von Land an Schweizer dennoch rechtens, da die Schweiz aufgrund der bestehenden Abkommen in diesem Fall wie ein EU-Mitglied zu behandeln sei und somit eine Pacht nicht verwehrt werden dürfe.

Ambulante Behandlung überall möglich

Im vorliegenden Fall ging es speziell um das portugiesische Krankenkassensystem. Portugiesen haben nicht die Möglichkeit, Kosten für ambulante Behandlungen im Ausland von ihrer portugiesischen Krankenkasse erstattet zu bekommen, auch dann nicht, wenn nicht auf so genannte medizinische Großgeräte zurückgegriffen werden musste. Für einfache Behandlungen bei einem Allgemeinmediziner oder einem Zahnarzt werden bislang ebenfalls keine Kostenerstattungen gewährt. Damit verstößt Portugal laut EuGH gegen geltendes Gemeinschaftsrecht. Die bislang geltende Auflage, die Kosten nur dann zu übernehmen, wenn eine vorherige Genehmigung der Behandlung vorlag, ist somit nicht mehr zu halten.

Persönlichkeitsrechte sind überall einklagbar

Wenn Zeitungen Persönlichkeitsrechte verletzen, ist für gewöhnlich klar festzustellen, wo die Printerzeugnisse verkauft wurden und wer somit direkten Zugang zu der strittigen Information hatte. Diese klaren Linien lassen sich für Veröffentlichungen im Internet nicht mehr ziehen. Der EuGH musste darüber entscheiden, welches Gericht zuständig ist, wenn eine Person Klage wegen Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte erheben will. Die Richter urteilten, dass prinzipiell jedes Gericht in der Europäischen Union über den Schaden urteilen könne, der für die betroffene Person im konkreten Land entstanden sei. Allerdings sei in der Regel so zu verfahren, dass jenes Gericht an dem Ort zuständig ist an dem das Opfer den Mittelpunkt seiner Interessen hat. Dies ist meist dort, wo die Person sich für gewöhnlich aufhält. Dieses Gericht kann dann über den gesamten im Gebiet der Europäischen Union verursachten Schaden entscheiden. Als Maßstab müssen aber die Regeln des Sitzmitgliedstaats des Betreibers einer Internetseite angelegt werden.



Kosmetik für alle, passend zur Saison, auch ohne Arzt oder Apotheker
© Andrey Kiselev - Fotolia.com

Kosmetik auch im Netz

Wenn Hersteller den Verkauf ihrer Produkte an enge Bedingungen knüpfen, müssen dafür relevante Gründe vorliegen. Im aktuellen Fall hatte der Hersteller von Kosmetikprodukten den Vertrieb seiner Produkte an einen „physischen Raum und die Anwesenheit eines diplomierten Pharmazeuten“ geknüpft. Somit hätten die Produkte ausschließlich in einer Apotheke und maßgeblich nicht im Internet vertrieben werden können. Die Richter sahen in dieser Auflage aber eine unzulässige Einschränkung, die in diesem Falle nicht zu rechtfertigen sei.

Ausblick

Der Kommunalbeamte der Zukunft

von Ulrich Silberbach

Als Alexandra Meyer ihr Büro betritt, hat ihr PC die wichtigsten Vorgänge des Tages für sie bereits vorbereitet und nach Dringlichkeit sortiert. Der Arbeitstag verspricht vielfältig zu werden. Eine französische Firma möchte künftig in einem mobilen Friseursalon deutsche Jugendliche mit modischen Frisuren beglücken und ein serbischer Unternehmer fragt generelle Informationen zu Dienstleistungserbringungen in der Region ab. Leider hat er seine Mail auf Serbisch geschickt und die automatische Übersetzung wirft große Fragen auf. Obwohl Serbien schon seit einem guten Jahr Mitglied der EU ist, harren die Sprachprogramme für die Verwaltung noch des letzten Feinschliffs. Anders ließe sich der Satz ‚Wachteleier für Schulsporteinsatz mathematisch!' kaum erklären.

Ein ausgefeiltes Geschäftskonzept verbirgt sich vermutlich nicht dahinter. Bis vor Kurzem hätte Alexandra Meyer diesen Vorgang an ihren Kollegen Heinrich Schmid weitergeleitet, doch seit dessen Pensionierung vor drei Wochen, am 11. November 2020, ist ihr Maileingang noch voller als sonst. Eine Neubesetzung der Stelle ist nicht geplant, frühestens im Mai 2022 sind wieder Einstellungen in der Stadtverwaltung angedacht. Direkt nach der serbischen Mail bekommt Meyer die Nachricht, dass ihre Fortbildung für die neue Sprachsoftware kurzfristig abgesagt werden müsse, da ihre Dienststelle sonst für drei Tage unbesetzt sei und die digitale Übernahme der Vorgänge durch einen Kollegen in einer anderen Verwaltung mangels Personal nicht möglich sei. Doch finden sich auch gute Nachrichten in ihrem Mailfach: ihre Dienstreise zum Erfahrungsaustausch im Sommer 2021 nach Frankreich wurde genehmigt. Endlich bekommt das Gesicht von Jacques Clément aus den Videokonferenzen auch einen Körper. Die nächste Mail, die in diesem Moment auf dem Bildschirm erscheint, verspricht noch spannender zu werden: „Neues Konzept der Landesregierung für mehr Europakompetenz in der Verwaltung".

Ohne Zweifel ist es schwer bis unmöglich, verlässliche Vorhersagen über die Zukunft zu treffen. Dennoch, so oder so ähnlich könnte der Alltag in der Kommunalverwaltung im Jahre 2020 aussehen. Damit unterscheidet er sich auch nur in Details vom Alltag, den die Kommunalbeamten, und natürlich auch die Kommunalbeamtinnen, bereits heute in ihrer täglichen Arbeit erleben. Wenn sich auch die technischen Möglichkeiten bis 2020 vermutlich rasant weiterentwickeln werden – vor zehn Jahren war mobiles Internet für den einfachen Nutzer noch praktisch unmöglich und Computerbildschirme ähnelten meist kleinen Heizkraftwerken – sind die Herausforderungen der kommenden Jahre klar zu erkennen: in Zeiten einer alternden Bevölkerung, knapper kommunaler Haushalte und steigender Ansprüche durch die Digitalisierung und Europäisierung des Alltags muss der öffentliche Dienst, nicht zuletzt auf kommunaler Ebene, neue Lösungen finden und zukunftsfest gemacht werden. Der einheitliche Ansprechpartner, und vor allem die technische Ausformung, ist hierfür ein gutes Beispiel. Diese Regelung aus der Dienstleistungsrichtlinie wird die Verwaltungen in den kommenden Jahren vor neue Herausforderungen stellen, ähnliche Entwicklungen im Sinne der Vereinheitlichung werden vermutlich folgen.

Dabei müssen die kommunalen Dienste, wie auch schon in der Vergangenheit, laufend an die veränderten Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger angepasst werden. Das sich wandelnde Selbstverständnis der Bürgerschaft wird eine große Rolle spielen. Bereits heute wird in Europa, und nicht zuletzt in Deutschland, über direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung diskutiert. Die Menschen wollen sich auch bei kommunalen Belangen mehr einbringen, die Volksabstimmungen über die Wasserverträge in Berlin oder die Diskussion über Stuttgart 21 sind nur Beispiele dafür.

Das Gesicht des Staates ist somit meist die kommunale Verwaltung vor Ort. Deshalb ist es von großer Bedeutung, wie der Staat und seine Institutionen von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen werden. Die Kommunalverwaltung beeinflusst dieses Bild sehr. Allein deshalb ist es notwendig, dass die Beamtinnen und Beamten vor Ort die richtigen Instrumente in die Hand bekommen, um den veränderten Ansprüchen gerecht zu werden. Der technische Fortschritt kann gerade bei der Frage direkter Demokratie eine große Unterstützung bisheriger Methoden sein.

Bürgerinteressen werden künftig verstärkt über das Netz an die kommunalen Verwaltungen herangetragen. Diese müssen nicht nur die technischen Möglichkeiten zur Verfügung stellen, um die Anliegen online zu erledigen, es muss auch sichergestellt werden, dass diejenigen, die die Daten bearbeiten, also die Beamten in der Verwaltung, auch in die Modernisierungsprozesse

Ausblick

einbezogen werden. Dabei stehen zum Beispiel Fragen wie nach dem korrekten Datenschutz im Mittelpunkt, die in einer digitalisierten Welt eine herausgehobene Rolle spielen.



komba-Chef Ulrich Silberbach
Urban, 2011

Im Übrigen wird EU-Politik angesichts der sich abzeichnenden europäischen Wirtschaftsregierung und einer wahrscheinlicher werdenden Fiskalunion für die Kommunen immer wichtiger. Heute schon ist der Rechtsrahmen für die vor allem von den Kommunen erbrachten Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Daseinsvorsorge) stark europäisch geprägt. Dies dürfte in der Tendenz weiter zunehmen. Also wird sich der Kommunalbeamte der Zukunft auch in immer größerem Umfang mit einem europäischen Regelungsrahmen auseinandersetzen müssen. Nicht zuletzt die optimale Nutzung der EU-Fördermittel setzt entsprechende Kompetenzen in den Rathäusern und Kommunalbehörden voraus. Auch die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit wird weiter an Bedeutung gewinnen.

Zentrale Aufgabe des Kommunalbeamten wird also auch im nächsten Jahrzehnt die Organisation der Grundregeln des Gemeinwesens sein. Deshalb wird es wichtig sein, neben den fortlaufenden Diskussionen über Personalpolitik angesichts klammer kommunaler Kassen, die Kommunalbeamten zu motivieren und in ihren Aufgaben zu unterstützen. So muss neben der rein fachlichen auch die sozial-personale Qualifikation deutlich stärker in den Vordergrund gestellt werden. Im Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern, sei es aus dem In- oder aus dem europäischen Ausland, kommt es neben der nötigen sprachlichen und fachlichen Kompetenz verstärkt auf persönliche Qualitäten an. Der Kommunalbeamte der Zukunft muss also noch flexibler als heute sein und sollte gleichzeitig klare Strukturen schaffen, die die Unübersichtlichkeit einhegen können.

Eine Revolution in den Kommunalverwaltungen ist bis 2020 zwar nicht zu erwarten. Doch gilt es, die aktuellen Entwicklungen nicht zu verschlafen. Ohne funktionierende öffentliche Dienste vor Ort wird auch im Jahr 2020 kaum ein Fortschritt zu erzielen sein. Deshalb sollten all diejenigen, die jetzt über scharfe Einschnitte in den kommunalen Diensten nachdenken, sich bewusst sein, dass sie die Weichen für die nächsten Jahre und letztlich auch für die kommenden Generationen stellen.

In diesem Sinne müssen gemeinwohlorientierte öffentliche Dienstleistungen geboten werden, die ohne Ansehen der Person auf der Grundlage von rechtsstaatlichen Grundsätzen erbracht werden. Dies ist im Umfeld einer Europäisierung der Grundlagen für das Handeln des kommunalen Personals zu sehen, die in fast alle Bereiche hineinwirkt. Also ist es wichtig, dass der Kommunalbeamte der Zukunft nicht mit der wachsenden Aufgabenvielfalt alleingelassen wird, sondern kontinuierlich auf neue Entwicklungen vorbereitet wird. Deshalb sei an das Bonmot von Otto Fürst von Bismarck aus dem Jahre 1850 erinnert: „Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt sich immer noch regieren. Bei schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts.“ Was seit 160 Jahren richtig ist, wird auch in einem Jahrzehnt nicht falsch sein.

Der Artikel erscheint Ende 2011 im Yellow Paper zur „Stadt der Zukunft“ auf EurActiv.de und als Printversion.

Ulrich Silberbach ist Verwaltungsfachangestellter aus Köln. Seit Sommer 2011 ist er stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion und Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft, die über 70.000 Beschäftigte im Kommunal- und Landesdienst vertritt. In der dbb Bundesleitung ist er vorrangig für die Kommunalpolitik, aber auch für Fragen der Einkommen im öffentlichen Dienst zuständig.

Termine

04.11.2011	Gesprächsrunde, Deutschland und Polen im vereinten Europa, 19 Uhr, dbb forum
09.11.2011	EU-Ausschuss, öffentliche Sitzung, Deutscher Bundestag
14.-17.11.2011	Plenum Europäisches Parlament, Straßburg
16.11.2011	16. Europäischer Abend im dbb forum „Europäische Außenpolitik – Marke ohne Kern?“
26.-27.11.2011	Bundeskongress: Europa-Union Deutschland, Berlin

Gespräch mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann



Der Gymnasiallehrer für Biologie, Chemie und Ethik Winfried Kretschmann wurde am 12. Mai 2011 zum neunten Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg gewählt. Er ist der erste Politiker von Bündnis 90/Die Grünen, der einer deutschen Landesregierung vorsteht. Bei der Wahl waren die Grünen ebenfalls zum ersten Mal auf Landesebene zweitstärkste politische Kraft, noch vor den Sozialdemokraten. Aktiv begann Kretschmann seine landespolitische Karriere nur drei Jahre, nachdem er sein Lehramtsstudium an der Universität Hohenheim mit dem zweiten Staatsexamen abgeschlossen hatte: 1980 zog der Mitbegründer der Partei das erste Mal für die Grünen in den Landtag ein. Die Fraktion leitete Kretschmann sowohl von 1983 bis 1984 als auch von 2002 bis 2011. Erste Erfahrungen in der Exekutive eines Landes konnte der heutige Ministerpräsident bereits 1986 und 1987 sammeln, als er als Ministerialrat ins Umweltministerium in Hessen beim damals bundesweit ersten grünen Umweltminister Joschka Fischer berufen wurde. Der bekennende Katholik nimmt neben seinem politischen Amt auch kirchliche Funktionen wahr. So ist er unter anderem Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Alle Bilder © Staatsministerium Baden-Württemberg, 2011

Europathemen: *Sie haben bei ihrem Antrittsbesuch in Brüssel gesagt: „Europa ist neben der ökologischen Erneuerung des Planeten die zweite Vision, der ich persönlich anhänge." Was für ein Europa wollen Sie?*

Kretschmann: Bislang hat sich die EU mit einer Politik der kleinen Schritte weiterentwickelt – die Frage nach der Vollendung der politischen Union blieb aber bisher offen. Wir sollten jetzt den Mut haben, die Frage zu stellen, ob wir letztlich nicht einen europäischen Bundesstaat bräuchten. Wenn dieser Kontinent auch für nachfolgende Generationen eine wichtige Rolle in der Welt spielen soll, dann muss die Einheit Europas weiter vorangetrieben werden.

Europathemen: *Was können unsere europäischen Nachbarn vom deutschen Atomausstieg lernen?*

Kretschmann: Ich möchte Baden-Württemberg zum Modell-Bundesland für ökologisch orientiertes Wirtschaften machen. Verantwortung für Nachhaltigkeit und Erfolg durch Nachhaltigkeit – das sind für mich die Leitmotive der Politik der grün-roten Landesregierung.

Wo, wenn nicht in unserem wirtschaftsstarken Land, können wir zeigen, dass Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze sind? Sie gehen Hand in Hand, können sich sogar gegenseitig bereichern. Wir werden in den nächsten Jahren, auch als Folge des Atomausstiegs, einen großen Nachfrageschub bei umwelt- und ressourcenschonenden Produkten erleben. Ihre Produktion wird die Leitindustrie der Zukunft sein. Wir in Baden-Württemberg können zeigen, wie es geht! Aus dem Atomausstieg wollen wir lernen und gleichzeitig Vorbild für unsere europäischen Nachbarn sein. Die Herausforderungen des Ausstiegs müssen angenommen und die Chancen genutzt werden.

Europathemen: *Ist der „Wutbürger" ein sehr deutsches Phänomen, oder sehen Sie auch andernorts in Europa einen Drang zu mehr direkter Demokratie?*

Kretschmann: Wir erleben einen Protestansturm gegen Stuttgart 21, bei dem sich Bürgerinnen und Bürger aktiv und kreativ engagieren und nicht einfach nur ihre Wut zum Ausdruck bringen. In anderen europäischen Ländern - etwa in Spanien oder in Griechenland - demonstrieren die Menschen seit Monaten gegen die Macht der Finanzmärkte und die zunehmende soziale Ungleichheit. Auch in Frankreich oder in Großbritannien gehen junge Menschen auf die Straße, weil sie um ihre Zukunft fürchten. Sie nehmen sich die Proteste des Arabischen Frühlings zum Vorbild, insbesondere die Demonstranten auf dem Tahrir-Platz in Kairo. Dieses Aufstehen für mehr Demokratie und Transparenz verbreitet sich auch in den USA, wie etwa die Protestbewegung „Occupy" zeigt.

Der auf der ganzen Welt rasant anwachsende Protest zeigt eine Vertrauenskrise gegenüber den demokratischen Institutionen. Ich mache dies an dem Dreigestirn gesellschaftlicher Grundbedürfnisse fest, dass in Gefahr ist: an Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. Heute geht es darum, dass das Primat der Politik und unserer demokratischen Institutionen zurückgewonnen wird. Nicht nur wir in Baden-Württemberg setzen deshalb auf neue Formate der Bürgerbeteiligung. Es gibt immer mehr europäische Kommunen und Regionen, die Bürgerhaushalte einführen – etwa in Paris. Andernorts werden Bürgerräte eingeführt – etwa im Vorarlberg. Es ist lebensnotwendig für die Demokratie, dass wir etwas gegen die Entfremdung der Bürgerschaft von ihrem Staat unternehmen. Einmischung ist dafür die einzige Möglichkeit.

Europathemen: *Der Lissabon-Vertrag sieht mehr Demokratie vor. Wohin wird sich die Europäische Bürgerinitiative (EBI) entwickeln?*

Kretschmann: Für die baden-württembergische Landeregierung ist die „Politik des Gehört-Werdens" eine ihrer bedeutendsten Leitlinien. Politik darf nicht hinter verschlossenen Türen gemacht werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen so intensiv und direkt wie möglich gehört und eingebunden werden. Unser Bundesland hat die Idee der Europäischen Bürgerinitiative bereits im Verfassungskonvent voll unterstützt. Unser Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern Europas mit der EBI eine echte Mitsprache in der EU und einen direkteren Zugang zu den europäischen Institutionen zu ermöglichen. Von April 2012 an können sich EU-Bürgerinnen und -Bürger direkt in die Brüsseler Politik einmischen. Zwar haben sie mit der EBI noch kein direktes Entscheidungsrecht, aber ein Mitspracherecht. Erstmals können sie damit die politische Agenda der EU unmittelbar beeinflussen. Wie gut das Instrument in der Praxis funktioniert, werden die kommenden Jahre zeigen. Klar ist bereits jetzt, dass der Erfolg der EBI mit ihrer bürgerfreundlichen und unbürokratischen Ausgestaltung steht und fällt. Hierauf werden wir bei den Beratungen zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die EBI in Deutschland im Bundesrat am 14. Oktober das Hauptaugenmerk richten.



Winfried Kretschmann empfängt Papst Benedikt XVI. während seines Deutschlandbesuchs Ende September

Europathemen: *Deutschland und Frankreich gelten nach wie vor als europäisches Führungsduo. Wie steht es um die Beziehungen Baden-Württembergs zum westlichen Nachbarn?*

Kretschmann: Deutschland und Frankreich sind nach wie vor die Motoren Europas. Das zeigt sich in vielen Bereichen:

Einblick

Beispielsweise in der Euro-Diskussion, wo beide Länder gemeinsam als Krisenmanager agieren. Für Baden-Württemberg ist die Zusammenarbeit mit dem westlichen Nachbarn besonders wichtig. Aus 184 Kilometer gemeinsamer Grenze entlang des Oberrheins ergeben sich schließlich zahlreiche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und viele Gemeinsamkeiten. Die wichtigsten Handlungsfelder sind Wirtschaft, Kultur, die Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft, Universitäten und Hochschulen. Dazu zählen auch die vielen Begegnungsprogramme im Rahmen der Schul- und Städtepartnerschaften. Künftig wird es verstärkt darauf ankommen, Ausbildungsgänge anzugleichen und die rechtlichen Voraussetzungen für die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen zu erreichen. Dann werden sich noch bessere Möglichkeiten für junge Menschen diesseits und jenseits des Rheins eröffnen. Die politischen Gesprächspartner auf beiden Seiten sind zum Dialog bereit. Sollten Schwierigkeiten auftreten, dann bespricht man diese in einem sehr vertrauensvollen Klima.



v.l.n.r.: der französische Generalkonsul in Stuttgart, Michel Charbonnier, Ministerpräsident Winfried Kretschmann und der französische Botschafter Maurice Gourdault-Montagne

Europathemen: *Welche grenzübergreifenden Projekte gibt es in Baden-Württemberg?*

Kretschmann: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist für das Land Baden-Württemberg – nicht zuletzt aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Geschichte und seiner wirtschaftlichen Stellung – von ganz besonderer Bedeutung. Vor allem in der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz und in der Internationalen Bodenseekonferenz, aber auch in vielen weiteren grenzüberschreitenden Projekten, arbeiten wir sehr eng mit unseren Nachbarn zusammen. Am Oberrhein wurde 2010 mit der Gründung der „Trinationalen Metropolregion Oberrhein“ ein neuer Meilenstein erreicht. Das Projekt basiert auf einer in Europa einmaligen Vernetzung der Akteure aller Ebenen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Aktuell wurde beispielsweise im Bereich der Wissenschaft eine Offensive gestartet, die finanzielle und technische Unterstützung für grenzüberschreitende Leuchtturmprojekte in Forschung und Entwicklung am Oberrhein bietet. In der Bodenseeregion gibt es beispielsweise die Internationale Bodensee-Hochschule, einen Verband aus fast dreißig Hochschulen der Region. Ebenso fördern wir den grenzüberschreitenden Lehrlingsaustausch „Xchange“ oder die grenzüberschreitende ÖPNV-Tageskarte „Euregio“, die die gesamte Bodenseeregion abdeckt.



„Die Energiewende in Deutschland zu einem Modell für ganz Europa machen“

Europathemen: *Welche neuen Prioritäten wird die von Ihnen geführte erste grün-rote Landesregierung in der Europapolitik setzen? Was sind aus baden-württembergischer Sicht die wichtigsten europapolitischen Themen der kommenden Monate?*

Kretschmann: Neben der Stärkung der langjährigen Zusammenarbeit mit unseren direkten Nachbarn Frankreich, Schweiz und Österreich, ist die anlaufende Umsetzung der EU - Donauraumstrategie eine europapolitische Priorität der Landesregierung. Die Donauraumstrategie bietet für die heimische Wirtschaft sehr gute Chancen – vor allem in den Reformstaaten Südosteuropas mit ihrem hohen Modernisierungsbedarf. Sie ist darüber hinaus auch aufgrund der historischen und kulturellen Verbindungen unseres Bundeslandes in den Donauraum und mit seiner herausragenden Bedeutung für den Frieden in Europa sehr wichtig.

Einblick

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Stabilisierung des Euros. Hierzu braucht es besondere Anstrengungen, wie etwa Wachstumsprogramme in den Schuldenländern. Wir müssen dabei auf ökologische Lösungen setzen, zum Beispiel auf Investitionen in erneuerbare Energien, Energieinfrastruktur, nachhaltigen Tourismus und ökologische Landwirtschaft. Länder wie Griechenland etwa bieten hervorragende natürliche Voraussetzungen für die Erzeugung regenerativer Energien, beispielsweise der Solarenergie. Somit können wir die Energiewende in Deutschland zu einem Modell für ganz Europa machen. Unsere Regierung tritt für eine Revision des seit 1957 nahezu unverändert geltenden EURATOM-Vertrags ein. Dadurch wollen wir die Forschung in nicht-nuklearen Bereichen stärken, vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien. Außerdem verfolgen wir das langfristige Ziel, eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien innerhalb des EU-Rahmens zu schaffen.



Winfried Kretschmann mit seinem Vor-Vorgänger im Ministerpräsidentenamt, EU-Kommissar Günther Oettinger

Europathemen: *Wie beurteilen Sie die Beteiligungschancen des Bundesrates und der Bundesländer an der deutschen Europapolitik?*

Kretschmann: In Deutschland ist die europäische Integration eng mit der Mitwirkung der deutschen Länder verknüpft, die in vielen Bereichen die deutsche Haltung in der EU mitbestimmen können. Mit der im Grundgesetz festgeschriebenen Mitwirkung der Länder über den Bundesrat an der deutschen Europapolitik haben wir im europäischen Vergleich ein hervorragendes Instrument zur Durchsetzung unserer Interessen – insbesondere in den Bereichen, die in die ureigenste Zuständigkeit der Länder fallen. Ich nenne nur die Bereiche Rundfunk, Kultur und Bildung.

Was mir jedoch Sorge macht, ist der Trend zur Verlagerung von Entscheidungs- und Gestaltungsmacht an die Exekutive im europäischen Kontext, den wir im Rahmen der aktuellen Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone erleben. Insbesondere die Maßnahmen zur Euro-Rettung dürfen nicht länger nur zwischen den Mitgliedstaaten entschieden werden. Diese „intergouvernementale Methode“ ist zutiefst undemokratisch. In Deutschland müssen Bundestag und Bundesrat und auf EU- Ebene das Europäische Parlament in alle wichtigen Entscheidungen eingebunden werden.

Europathemen: *Ist Baden-Württemberg durch EU-Kommissar Günther Oettinger noch näher an Europa gerückt?*

Kretschmann: Baden-Württemberg hat seit vielen Jahren eine sehr aktive Europapolitik. Angefangen hat dies schon bei der Vertretung der Länder im Verfassungskonvent durch den damaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel. Die grün-rote Landesregierung setzt auch heute noch einen Schwerpunkt auf Europathemen. So sind wir etwa federführend bei der Verhandlung über die Beteiligung des Bundesrates bei den Euro - Rettungsschirmen. Ich freue mich deshalb, dass mit Günther Oettinger ein Kommissar in Brüssel sitzt, der die Belange unseres Bundeslandes kennt und mit Erfahrung als Parlamentarier ausgestattet ist.

Europathemen: *Wie wird die EU nach der Weltfinanz- und Euro-Schulden-Krise aussehen?*

Kretschmann: Hellseher bin ich natürlich nicht. Europa ist jedoch in seiner ganzen Entwicklung immer wieder gestärkt aus Krisen hervorgegangen. Ich hoffe, dass es auch dieses Mal so sein wird. Wichtig ist, dass Europa jetzt zusammensteht und seine Werte verteidigt.

Impressum

dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstr. 169/170
10117 Berlin
Tel.: +49/(0)30/4081-40
Fax: +49/(0)30/4081-4999

ViSdP Christian Moos, Thomas Bemmann

Für die Inhalte der in den dbb europathemen gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Kontakt:

Lob & Kritik

An- & Abmeldung von Europathemen

Internet: http://www.dbb.de